SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Sinisierung der Demokratie: Chinas Parteiführung setzt auf eigene Werte

Holbig, Heike

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Holbig, H. (2007). *Sinisierung der Demokratie: Chinas Parteiführung setzt auf eigene Werte.* (GIGA Focus Asien, 12). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275248

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

Nummer 12
2007
4,- Euro
ISSN 1862-359X

ASIEN

Sinisierung der Demokratie: Chinas Parteiführung setzt auf eigene Werte

Heike Holbig

Vom 15. bis 22. Oktober 2007 fand in Beijing der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas statt, der die zweite Amtszeit von Parteichef Hu Jintao einläutete.

Analyse:

Soweit sich aus der Untersuchung der offiziellen Parteitagsdokumente ableiten lässt, dürften Hoffnungen auf eine weiter gehende Demokratisierung von Chinas politischem System auch weiterhin enttäuscht werden. Der Schwerpunkt bei den politischen Strukturreformen liegt auf „innerparteilicher Demokratie", die auf eine Ausweitung der Effizienz und Legitimität der KPCh und damit auf eine Konsolidierung der autoritären Einparteiherrschaft abzielt.

- Die Führungselite der KPCh unter Hu Jintao ist für dessen zweite und voraussichtlich letzte Amtszeit gut aufgestellt. Die Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees und Politbüros lässt auf den gezielten Einsatz von Verfahren innerparteilicher Demokratie und auf die wachsende Bedeutung von Mechanismen machtpolitischen Ausgleichs innerhalb der Parteielite schließen.
- Wie die Rhetorik des Parteitagsberichtes verrät, sieht die parteistaatliche Führung immer weniger Anlass, sich an den Normen westlicher Demokratie zu orientieren. Stattdessen wartet sie mit einem eigenen „sinisierten" Demokratiebegriff auf, der unzweideutig durch die Wahrung des Führungsmonopols der KPCh umrissen ist. Insgesamt zeichnet sich eher eine Stärkung als eine Schwächung der autoritären Strukturen ab.
- Auffällig ist das große Bedürfnis nach ideologischer Selbstvergewisserung, das mehr als in den Vorjahren durch die Rückversicherung bei marxistischen und sozialistischen Kernwerten befriedigt wird. Das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept" und das Konzept einer „harmonischen Gesellschaft", die Eingang ins Parteistatut gefunden haben, implizieren zugleich eine subtile Rechtfertigung der Führungsrolle der KPCh kraft ihrer ideologischen Innovationen.
- Unterfüttert wird das Führungsmonopol der KPCh durch Anleihen bei der traditionellen chinesischen Kultur, patriotischen Werten und einem mehrfach beschworenen „Nationalgeist". Die Führungspitze der Partei scheint bemüht, eine Alternative zum normativen Gravitationszentrum westlicher Demokratie zu schaffen.

Schlagwörter: Kommunistische Partei Chinas, politische Reformen, Demokratie, Ideologie

1. Einleitung

In seiner Berichterstattung über den 17. Parteitag der KPCh betonte der englischsprachige Dienst der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua mehrfach, dass der Begriff „Demokratie" im Rechenschaftsbericht des Parteichefs Hu Jintao über sechzig Mal (genau: 61 Mal) Erwähnung gefunden habe und damit zu einem der am häufigsten verwendeten politischen Konzepte gehöre (XNA, 15.10.2007). Damit bestätigte der englische Nachrichtenservice, dessen Hauptaufgabe in der Antizipation und Befriedigung westlicher Erwartungen an die chinesische Politik besteht, die Hoffnungen auf eine Intensivierung politischer Reform und Demokratisierung in der Volksrepublik, die sich nicht nur im Ausland, sondern teilweise auch unter inländischen Eliten an den jüngsten Parteitag und die damit eingeläutete zweite Amtszeit Hu Jintaos geknüpft hatten. Die vorliegende Untersuchung der Ergebnisse dieses parteipolitischen Großereignisses widmet sich vor allem der Frage, welches Demokratieverständnis sich hinter dem inflationären Schlagwort verbirgt und welche Ausrichtung zukünftiger Reformen des politischen Systems der Volksrepublik zu erwarten ist.

Parteitagsberichte erfüllen im chinesischen Einparteisystem die Aufgaben, (1) die theoretisch-ideologischen Errungenschaften der vergangenen fünf Jahre zu konsolidieren (und deren Quintessenz im Parteistatut festzuschreiben), (2) unterschiedliche Positionen und Interessen innerhalb der Führungselite der Partei vor dem Hintergrund laufender parteipolitischer Debatten auszutarieren sowie (3) die jeweilige Führungsspitze behutsam zu profilieren, was grundsätzlich nicht in Abgrenzung, sondern in organischer Fortentwicklung des Erbes vorangegangener Führungsgenerationen geschieht. Daraus ergibt sich, dass eine punktuelle Momentaufnahme für die Analyse der Parteitagsdokumente wenig geeignet ist. Die inhaltliche Signifikanz dieser Dokumente ergibt sich erst, wenn sie in einen längerfristigen zeitlichen Kontext gesetzt werden. Konkret empfiehlt sich daher der Vergleich mit vorangegangenen Parteitagsberichten, hier vor allem mit dem des Jahres 2002 (in dem der Begriff „Demokratie" übrigens 56 Mal erschienen war).

2. „Wissenschaftliches Entwicklungskonzept" und „harmonische Gesellschaft"

Wie zu erwarten war, fanden das Anfang 2004 formulierte „wissenschaftliche Entwicklungskonzept" und die „harmonische Gesellschaft" nicht nur in Hu Jintaos Parteitagsbericht vielfache Erwähnung, sondern auch expliziten Eingang in das Parteistatut der KPCh.[1] Die Tatsache, dass Hu Jintao es zu Lebzeiten, ja sogar nach nur fünf Jahren Amtszeit geschafft hatte, dem offiziellen Theoriekanon in der Reihe der Mao-Zedong-Ideen, der Deng-Xiaoping-Theorie und der „Dreifachen Repräsentation" Jiang Zemins seinen eigenen Stempel aufzuprägen, wurde allgemein als klares Zeichen der Konsolidierung seiner Machtbasis innerhalb der Partei gewertet.

In praktischer Hinsicht lassen sich die beiden neuen Konzepte im Sinne einer ausgewogeneren Sozialpolitik sowie einer nachhaltigeren und umweltfreundlicheren Wirtschaftsentwicklung verstehen. So lautet der Kerngedanke des wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts, „den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und eine umfassende, koordinierte und nachhaltige Entwicklung zu realisieren". Demnach ist verlautbartes Ziel der Parteiführung, „die Entwicklung von Stadt und Land, von verschiedenen Regionen, von Wirtschaft und Gesellschaft und die harmonische Entwicklung von Mensch und Natur sowie die inländische Entwicklung und die Öffnung nach außen einheitlich zu planen". Unter dem Motto „harmonische Gesellschaft" gilt es, „die interessenbezogenen Probleme, die der Bevölkerung am meisten am Herzen liegen, sie am unmittelbarsten betreffen und von größter Aktualität sind, angemessen zu lösen und [...] eine Situation herbeizuführen, in der alle ihr Können zur vollen Entfaltung bringen, den ihnen gebührenden Platz einnehmen und harmonisch miteinander" leben. In einem eigenen Kapitel benennt der Parteitagsbericht in diesem Zusammenhang Maßnahmen wie die Verbesserung der Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur, eine aktive Beschäftigungspolitik, den Abbau der Einkommendisparitäten zwischen Stadt und Land oder

[1] Die hier zitierten Passagen folgen der vom Central Compilation and Translation Bureau der VRCh vorgenommen deutschen Übersetzung des „Statuts der Kommunistischen Partei Chinas (Abgeänderte Fassung)", angenommen am 21. Oktober 2007. Zur Gegenüberstellung mit dem Text der 2002 abgeänderten Fassung des Parteistatuts siehe China aktuell, Dezember 2002, S. 1422-1435. Der Parteitagsbericht findet sich in voller Länge in RMRB, 25.10.2007, in vollständiger englischer Übersetzung in China Central TV-1, 15.10.2007, nach BBC PF, 17.10.2007.

den Ausbau des sozialen Sicherungssystems insbesondere für die benachteiligte Landbevölkerung. Diese Vorhaben ebenso wie der an anderer Stelle geforderte vermehrte Einsatz umwelt- und ressourcenschonender Maßnahmen untermauern den politischen Willen der Parteiführung zur Umsetzung dieser Konzepte, wenn auch keine Aussagen getroffen werden, wie all diese groß angelegten Vorhaben zu finanzieren sind.

Auffällig ist in diesem Kontext, dass eines der konkretesten wirtschaftspolitischen Ziele des Parteitagsberichtes streng genommen im Widerspruch zum Gedanken einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung steht. So wurde die Zielmarke für den „umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand", die auf dem 16. Parteitag der KPCh zuletzt mit einer Vervierfachung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) des Jahres 2000 angesetzt worden war, nun nach oben korrigiert. So ist nicht mehr von einer Vervierfachung des BIP, sondern des BIP pro Kopf im gleichen Zeitraum (also von rund 850 US$ pro Kopf im Jahr 2000 auf mindestens rund 3.500 US$ pro Kopf) die Rede. Diese – bei dem zu erwartenden fortschreitenden Bevölkerungswachstum – ambitionierte Zielkorrektur war einigen internationalen Beobachtern zunächst entgangen, spielte in der inländischen Medienberichterstattung jedoch durchaus eine prominente Rolle. Auch wenn die Zielerreichung angesichts der rund zehnprozentigen Wachstumsraten in den vergangenen Jahren in statistischer Hinsicht nicht problematisch sein dürfte, so läuft das damit verbundene Signal einer Heraufsetzung quantitativer Wachstumsziele der Botschaft einer nachhaltigen und umweltgerechteren Entwicklung zuwider, die qualitativen Aspekten den Vorrang vor quantitativen gibt.

Neben dieser Dimension politischer Praxis sollte allerdings nicht übersehen werden, dass die beiden Konzepte zugleich eine große ideologische Tragweite besitzen. So beinhaltet das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept" mit seiner Betonung „einheitlicher Planung" den impliziten Anspruch auf einen „wissenschaftlichen" Vorsprung der parteistaatlichen Führung in der Erkenntnis sozialer Widersprüche und Probleme, aus dem sich wiederum ein politischer Herrschaftsanspruch ableitet. Wie ein konservativer Parteiveteran anerkennend philosophierte: „In meinen Augen bedeutet das wissenschaftliche Entwicklungskonzept, dass der Staat die Wirtschaft in geplanter, ausgewogener und koordinierter Art und Weise entwickelt. [...] Mit anderen Worten handelt es sich um eine Planwirtschaft" (Ming Pao, 11.10.2007). Ebenso enthält der Begriff „Harmonie", der unter anderem nun auch in die im Parteistatut definierte „Grundlinie" der KPCh eingeflossen ist („Aufbau Chinas zu einem reichen, starken, demokratischen, zivilisierten, harmonischen und modernen sozialistischen Land"), neben der Anerkennung gesellschaftlicher Widersprüche und Interessenkonflikte den Anspruch eines aktiven Parts der parteistaatlichen Führung, als übergeordnete Instanz für eine „Harmonisierung" derselben zu fungieren. Mit der Betonung ausgewogener Sozialpolitik, nachhaltiger Entwicklung und einer Politik, die den „Menschen in den Mittelpunkt stellt", geht somit eine subtile ideologische Rechtfertigung des Führungsanspruchs der KPCh einher (Holbig 2006).

Dies wird noch deutlicher, wenn man die umfänglichen theoretischen Ausführungen zum „Sozialismus chinesischer Prägung" und zur „Sinisierung des Marxismus" näher betrachtet, denen ein eigenes neues Kapitel gewidmet ist. Das ausgeprägte Bedürfnis nach ideologischer Selbstvergewisserung durch den Rückbezug auf sozialistische und marxistische Kernwerte lässt erahnen, in welch hohem Maße die angeblich so pragmatische Reform- und Öffnungspolitik mit einem ideologisch untermauerten Führungsanspruch der KPCh zusammengedacht wird. Vor dem Hintergrund wachsender sozioökonomischer Disparitäten, weit verbreiteter Korruption und dramatischer Umweltverschmutzung erklärt sich darin das Bemühen der Parteiführung, die kommunistische Einparteiherrschaft unter den Vorzeichen wirtschaftlicher Modernisierung neu zu legitimieren.

3. „Volksdemokratie" versus „innerparteiliche Demokratie"

Wie auch im letzten Parteitagsbericht ist dem Thema „politische Strukturreform" ein eigenes Kapitel gewidmet, in dem eine „stetige Vertiefung der politischen Strukturreformen in Übereinstimmung mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung" angemahnt wird. Das Gewicht dieser Forderung wird allerdings dadurch relativiert, dass das betreffende Kapitel etwa um ein Viertel kürzer ausfällt als das entsprechende Kapitel vor fünf Jahren und sich statt der damals neun Unterpunkte auf nurmehr sechs Aspekte politischer Reform beschränkt. Wie auch 2002 wird vorab daran erinnert, dass bei der Reform der politischen Strukturen an der „korrekten politischen Orientierung" und an der führenden Rolle der KPCh festzuhalten sei. Die Prinzipien

der Führung der Partei, der Rolle des Volkes als „Herr des Staates“ und der gesetzesgemäßen Regierung müssten „organisch integriert“ werden. Unter dem Begriff „sozialistische Demokratie“ finden sich dann Ausführungen zur so genannten Volksdemokratie, die allerdings relativ vage bleiben:

Genannt werden unter anderem die Stärkung der Partizipationsrechte der Bürger, der Ausbau des Volkskongresssystems und des Systems Politischer Konsultativkonferenzen. Eine konkrete Neuerung ist die Forderung nach einer besseren Repräsentation ländlicher Bevölkerungsteile in den Volkskongressen auf allen Ebenen. War 2002 noch zu lesen, das Volkskongresssystem solle sicherstellen, dass „die Gesetzgebung und die Entscheidungen den Willen des Volkes noch besser zum Ausdruck bringen“, so heißt es nun, die Volkskongresse sollten dazu beitragen, „die Positionen der Partei durch legislative Prozesse in den Willen des Staates zu übertragen“. Inwieweit diese knappe, aber signifikante Neuformulierung einen Dammbruch in Richtung parteipolitischer Vereinnahmung der Volkskongresse darstellen könnte, lässt sich in der Theorie schwer ermessen. Zumindest kommt die neue Beschreibung der institutionellen Realität insofern näher, als das Volkskongresssystem in der Verfassung pro forma zwar als Manifestation parlamentarischer Volksgewalt gilt, seine Agenda faktisch aber durch die KPCh gelenkt wird. Im Sinne konsultativer Demokratie wird ferner gefordert, in Fragen, die das allgemeine Interesse unmittelbar berühren, die öffentliche Meinung frühzeitig in den legislativen und politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen, wie es in den vergangenen Jahren bereits wiederholt praktiziert wurde. Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Ausführungen zur „sozialistischen Demokratie“ eher dazu beitragen, den Demokratiebegriff auszuhöhlen als ihn zu konkretisieren. Demokratie wird hier im Kern als „Volksdemokratie unter der Führung der KPCh“ verstanden.

Ansatzweise greifbar erscheint die Verwendung des Demokratiebegriffs einzig im letzten Kapitel des Parteitagsberichtes, der traditionell dem „Aufbau der Partei“ gewidmet ist. Die Rhetorik ideologischer Selbstvergewisserung vom Anfang aufgreifend, wird hier zunächst noch einmal die große Bedeutung theoretischer Innovation durch eine „lernende“ Partei herausgestellt, um die „Regierungskapazität der KPCh“ zu erhalten und zu erhöhen. Besonderes Gewicht wird dabei dem Thema der „innerparteilichen Demokratie“ gewidmet, deren Realisierung als eine Vorbedingung für die Verwirklichung der Volksdemokratie betrachtet wird. Demokratisierung wird dabei gerade nicht als Selbstzweck verstanden, sondern rein utilitaristisch als Mittel zur Steigerung der Effizienz und Legitimität der Parteiherrschaft. Ziele innerparteilicher Demokratisierung sind eine breitere Abstimmung und Unterfütterung parteipolitischer Entscheidungen durch transparentere parteiinterne Konsultationsprozesse sowie die Stärkung der persönlichen Verantwortlichkeit von Führungskadern in Partei und Regierung durch die Ausweitung von Konkurrenzwahlen an der Parteibasis und eine breitere Beteiligung von Parteimitgliedern in personellen Fragen.

Konkret sehen die Ausführungen im Parteitagsbericht und entsprechende Abänderungen im Parteistatut im Rahmen innerparteilicher Demokratisierung unter anderem die folgenden Maßnahmen vor:

- Erhöhung der Transparenz in wichtigen Angelegenheiten der Partei und Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen für „demokratische Diskussionen“ innerhalb der KPCh.
- Vermehrte Einbindung lokaler Parteikomitees in wichtige parteipolitische Entscheidungsprozesse, auch durch die Einführung neuer Abstimmungsverfahren in personellen und inhaltlichen Fragen.
- Verstetigung der Arbeit der Parteikomitees auf allen Ebenen zwischen den Parteikongressen. Hatte sich die Aufgabe von Parteitagsdelegierten und Mitgliedern lokaler Parteikomitees bisher in der Bestätigung von Personalentscheidungen übergeordneter Parteigremien erfüllt, so sollen sie nun in die Lage versetzt werden, sich über die volle Amtszeit hinweg an personalpolitischen und inhaltlichen Diskussionen zu beteiligen. Im Rahmen ausgewählter lokaler Pilotprojekte auf Kreisebene soll mit entsprechenden Reformen experimentiert werden.
- Regelmäßige Berichterstattung des Politbüros der KPCh an das Zentralkomittee (bereits umgesetzt) und analog der Ständigen Ausschüsse lokaler Parteikomitees an die entsprechenden Plenargremien (offenbar noch nicht überall umgesetzt), die damit eine Überwachungsmöglichkeit erhalten sollen.
- Reform innerparteilicher Wahlverfahren. Die Mitglieder lokaler Basisorganisationen der Partei sollen durch „demokratische“ Nominierungs- und Wahlverfahren stärker als bisher in personelle Entscheidungen einbezogen werden. Bei der Besetzung lokaler Führungspositionen soll die Entscheidung nicht mehr von den jeweils übergeordneten Parteiinstanzen allein, sondern auf der Grundlage „demokratischer Empfehlungen“ von Seiten der Basisorganisationen auf der jeweiligen

Ebene gefällt werden. Laufende Experimente mit direkten parteiinternen Konkurrenzwahlen für Führungspositionen auf den untersten administrativen Ebenen sollen auf eine größere Zahl lokaler Pilotprojekte ausgeweitet werden.

Im Vergleich zu den sehr vagen Formulierungen im Bereich des Ausbaus der „Volksdemokratie" finden sich hier einige institutionelle Neuerungen, die am ehesten konkreten politischen Reformwillen erkennen lassen. Insbesondere von den genannten lokalen Pilotvorhaben, in deren Rahmen im lokalen Alltag mit bestimmten Reformmodellen experimentiert wird, kann erhebliche Strahlkraft für weiter gehende Reformschritte auf nationaler Ebene ausgehen.

4. Die neue Führungselite als Produkt innerparteilicher Demokratie?

Dass die Präferenz eindeutig auf der Seite „innerparteilicher Demokratie" liegt, zeigt nicht nur die Rhetorik des Parteitagsberichtes, sondern auch die Betonung demokratischer Verfahren bei der jüngsten Neubesetzung der Führungsgremien der KPCh. Wie die staatlichen Medien nicht müde wurden zu betonen, sei die Auswahl der Parteitagsdelegierten, der Vollmitglieder und Kandidaten des neuen Zentralkomitees sowie der Mitglieder des neuen Politbüros im Vorfeld und während des 17. Parteitags auf der Grundlage demokratischer Nominierungs- und Auswahlverfahren erfolgt. Insbesondere seien im Vergleich zum letzten Parteitag der KPCh im Jahr 2002 verstärkt kompetitive Elemente zum Einsatz gekommen.

So wurden bei der Besetzung des Zentralkomitees der KPCh – wenn auch in sehr begrenztem Umfang – Konkurrenzverfahren eingesetzt. Nachdem im Jahr 2002 die Zahl der Bewerber um gut 5 % höher gelegen hatte als die Zahl der tatsächlich zu besetzenden Mitglieder- und Kandidatensitze im Zentralkomitee, so lag die „Überschussrate" nun immerhin bei 8,3 %. Betont wurde in den staatlichen Medien aber vor allem, dass bei der Nominierung von Kandidaten großes Gewicht auf die seit Oktober 2006 landesweit eingeholten „demokratischen Empfehlungen" aus den Reihen der Partei gelegt worden sei. Ebenfalls Zeichen eines kompetitiven Wahlverfahrens war die Liste der 167 ZK-Kandidaten, die im Unterschied zu den 204 ZK-Vollmitgliedern nicht stimmberechtigt sind, absteigend nach Abstimmungsergebnissen. Der Blick auf die unteren Listenplätze lässt damit durchaus Rückschlüsse auf die parteiinterne Popularität der Kandidaten zu.

Auch die Besetzung des Politbüros und damit der parteipolitischen Schaltzentrale folgte nach Darstellung der inländischen Medien einem demokratischen Sondierungsprozess. So soll bereits im Juni 2007 mehr als 400 Mitgliedern der Parteielite, darunter den Vollmitgliedern und Kandidaten des 16. Zentralkomitees der Partei sowie führenden Vertretern zentraler Parteiorgane, eine Namensliste mit fast 200 Kandidaten für die 25 Sitze des Politbüros vorgelegt worden sein, aus der sie eine Auswahl treffen sollten. Wenn auch fraglich ist, wie weit diese Vorauswahl Einfluss auf die letztendliche Besetzung des Gremiums hatte, ist immerhin zu sehen, dass die Betonung der wichtigen Rolle „demokratischer Empfehlungen" einen gezielten Gegenentwurf zu dem verbreiteten Bild darstellt, wonach um die Politbürositze im kleinsten Kreis der Parteispitze nach völlig diskretionären persönlichen und faktionellen Machtinteressen „geschachert" werde. Angesichts der hochgradigen Intransparenz des Nachfolgeprozesses ist von außen nicht zu ermessen, welches Gewicht persönliche und faktionelle Interessen tatsächlich noch haben. Dennoch sollte die wachsende Bedeutung neuer Mechanismen des machtpolitischen Ausgleichs und des „Ausbalancierens" divergierender Interessen nicht unterschätzt werden, wie sie durch die graduelle Institutionalisierung kompetitiver Elemente und kollektiver Aushandlungsprozesse unterstützt werden.

Dies gilt nicht zuletzt auch für eine Innovation auf der höchsten Ebene parteipolitischer Macht: Nachdem zahlreiche Chinabeobachter seit längerem davon ausgegangen waren, dass Parteichef Hu Jintao den 17. Parteitag nutzen werde, um seinen Schützling und Vertrauten aus dem Kommunistischen Jugendverband, den 52-jährigen Li Keqiang, nach altbewährtem Muster in den Ständigen Ausschuss des Politbüros und damit in die exklusive Startposition für seine Nachfolge im Amt des KPCh-Generalsekretärs zu hieven, ist nun relativ unerwartet der 54-jährige Xi Jinping an Li Keqiang vorbeigezogen. Xi Jinping, der nunmehr auf Platz 6 des Ständigen Ausschusses des Politbüros gelandet ist, könnte sich als neuer Leiter des ZK-Sekretariats und von März 2008 an voraussichtlich als stellvertretender Staatspräsident zum Nachfolger Hu Jintaos von 2012 an qualifizieren, während Li Keqiang, hinter ihm auf Platz 7, im März 2008 das Amt des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten annehmen dürfte und damit in die Fußstapfen von Premier Wen Jiabao

treten könnte (zu den Personalia des Parteitags siehe Tabelle 1; Liu 2007; Shambaugh 2007). Mit dieser „Doppelspitze der Kronprinzen“ ist Wirklichkeit geworden, was viele Beobachter noch vor wenigen Monaten nicht für möglich gehalten hätten. Diese Konstellation sollte allerdings nicht unbedingt als persönliche Schlappe Hu Jintaos gewertet werten, wie einige Beobachter dies tun. Vor dem Hintergrund der hier geführten Diskussion um „innerparteiliche Demokratisierung“ könnte darin auch der bewusste Versuch der Parteiführung zum Ausdruck kommen, parteipolitische Differenzen stärker auszutarieren und personelle Entscheidungen auf eine breitere kollektive Basis zu stellen.

Tabelle 1: Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros des XVII. ZK der KPCh

Name	Position	Bildungshintergrund (Fach/Universität)	Faktionszugehörigkeit
Hu Jintao, 64	Generalsekretär des ZK der KPCh, Präsident der VR China, Vorsitzender der Zentralen Militärkommission	Ingenieur, Qinghua-Universität	Führendes Mitglied der Faktion des Kommunistischen Jugendverbands
Wu Bangguo, 66	Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses	Ingenieur, Qinghua-Universität	Steht Exparteichef Jiang Zemin nahe
Wen Jiabao, 65	Ministerpräsident	Ingenieur, Beijinger Geologie-Institut	
Jia Qinglin, 67	Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes	Ranghoher Ingenieur, Hebeier Hochschule für Maschinenbau	Steht Exparteichef Jiang Zemin nahe
Li Changchun, 63	Zuständig für Propaganda	Ingenieur, Harbiner Institut für Technologie	Steht Exparteichef Jiang Zemin nahe
Xi Jinping, 54	Neues Mitglied, führendes Mitglied des ZK-Sekretariats, Leiter der ZK-Führungsgruppe für Parteiaufbau, zuständig für Hongkong und Macau, ehemaliger Parteichef von Shanghai voraussichtlich in Kürze Präsident der ZK-Parteischule und von März 2008 an Vizepräsident der VR China	Doktor der Rechte, Qinghua-Universität	„Kronprinz“ (Sohn des liberalen Parteiveteranen Xi Zhongxun)
Li Keqiang, 52	Neues Mitglied, ehemaliger Parteichef der Provinz Liaoning, von März 2008 an voraussichtlich Erster stellvertretender Ministerpräsident als Nachfolger des verstorbenen Huang Ju	Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Beijing-Universität	Mitglied von Hu Jintaos Faktion des Kommunistischen Jugendverbands
He Guoqiang, 64	Neues Mitglied, gehörte dem vorherigen Politbüro an, neuer Sekretär der Zentralen Disziplinkontrollkommission	Ranghoher Ingenieur, Beijinger Institut für chemische Verfahrenstechnik	Steht Exparteichef Jiang Zemin und Vizepräsident Zeng Qinghong nahe
Zhou Yongkang, 65	Neues Mitglied, gehörte dem vorherigen Politbüro an, Staatsratskommissar, Erster Politkommissar des Hauptquartiers der Bewaffneten Polizeikräfte des chinesischen Volkes, ehemaliger Minister für öffentliche Sicherheit	Ranghoher Ingenieur mit Professorentitel, Beijinger Erdöl-Institut	Steht Exparteichef Jiang Zemin und Vizepräsident Zeng Qinghong nahe

Quelle: Liu Jen-Kai.

5. Ausblick

Wie aus der Analyse der offiziellen Parteitagsdokumente hervorgeht, lassen sich in erster Linie Strategien zur Ausweitung organisatorischer Effizienz und ideologischer Kohäsion innerhalb der KPCh feststellen, die im Trend eher zu einer Konsolidierung als zu einem Abbau autoritärer Strukturen führen könnten. Die sich damit abzeichnende Bestätigung eines „weichen Autoritarismus" in der Volksrepublik scheint die vorläufige Antwort auf eine in Teilen der Parteielite wahrgenommenen Legitimitätskrise zu sein, wie sie seit 2004 vor dem Hintergrund negativer Begleiterscheinungen der Wirtschaftreform vermehrt problematisiert wird. Auffällig ist dabei das Bedürfnis nach ideologischer Selbstvergewisserung, das stärker als in den Vorjahren durch die Rückversicherung bei und Anverwandlung oder Sinisierung von marxistischen und sozialistischen Kernwerten befriedigt wird. Zugleich wird das Führungsmonopol der KPCh kraft ihrer theoretischen Innovativkraft gerechtfertigt, die sie dazu prädestiniert, sozioökonomische Widersprüche auszugleichen und gesellschaftliche Interessenkonflikte zu harmonisieren.

Mit Blick auf die Zukunft stellt sich damit die Frage, wie tragfähig dieses traditionelle ideologische Repertoire der KPCh noch ist oder wie es angereichert werden kann, um seine legitimierende Funktion weiterhin zu erfüllen. Wie sich in der Rhetorik der Parteitagsdokumente andeutet, dienen dazu Anleihen bei einer im Bau befindlichen nationalen Identität. So ist die Rede unter anderem von einem „Nationalgeist mit Patriotismus als seinem Kern", einem „Nationalgeist der Selbstachtung, des Selbstvertrauens und des unaufhaltsamen Vorwärtsstrebens" sowie von der Weiterentwicklung der „vorzüglichen traditionellen Kultur der Nation" – Schlagworte, die nunmehr auch Eingang in das Parteistatut gefunden haben. Aus dem Statut stillschweigend gestrichen wurde hingegen eine Passage zum wirtschaftlichen und technischen Austausch mit anderen Ländern und zur Nutzung internationaler „Zivilisationserrungenschaften", ein Bereich, in dem man sich zukünftig offenbar mehr auf die eigene Kraft verlassen möchte.

Im Verein mit der wachsenden Selbstwahrnehmung der Volksrepublik als nicht nur einer wirtschaftlichen, sondern auch politischen Großmacht könnten damit in den kommenden Jahren die Anreize weiter schwinden, die Legitimation parteistaatlicher Herrschaft an den demokratischen Normen des Westens auszurichten. Vielmehr scheint die Führungsspitze der KPCh bemüht, einen eigenen Bezugsrahmen für die Bildung politischer Werte und nationalstaatlicher Identität zu schaffen, der eine Alternative zum normativen Gravitationszentrum westlicher Demokratie darstellt. Die aktuelle politikwissenschaftliche Diskussion über die „Rückkehr autoritärer Großmächte" (Gat 2007) könnte das neue Selbstvertrauen Chinas durchaus beflügeln.

Literatur

Gat, Azar (2007), The Return of Authoritarian Great Powers, in: Foreign Affairs, July/August, online: www.foreignaffairs.org/20070701faessay86405/azar-gat/the-return-of-authoritarian-great-powers.html (Aufruf: 27.10.2007).

Holbig, Heike (2006), Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era, GIGA Working Paper No. 18, March.

Kleining, Jochen (2007), Auf der Suche nach Harmonie. Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 31.10., online: www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_12235_1.pdf (Aufruf: 15.11.2007).

Liu, Jen-Kai (2007), Die neuen Gesichter nach dem XVII. Parteitag, in: China aktuell, Nr 6, S. 56-82.

Shambaugh, David (2007), China's 17th Party Congress: Maintaining Delicate Balances, in: Brookings Northeast Asia Commentary, 15.11., online: www.brookings.edu/opinions/2007/11_china_shambaugh.aspx?p=1 (Aufruf: 15.11.2007).

Die Autorin

Dr. Heike Holbig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien mit Zuständigkeit für Politik Chinas und Mitherausgeberin der Zeitschrift „China aktuell – Journal of Current Chinese Affairs“.

Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Rahmen des Forschungsschwerpunktes 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ befasst sich Heike Holbig mit Fragen der politischen Legitimität der Kommunistischen Partei Chinas. Gemeinsam mit Bruce Gilley von der kanadischen Queen‘s University arbeitet sie an einem Projekt zu Legitimitätsdiskursen im gegenwärtigen China.

GIGA-Publikationen zum Thema

Holbig, Heike (2006), Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era, GIGA Working Paper No. 18, March.

Holbig, Heike (2005), „Wissenschaftliches Entwicklungskonzept”, „harmonische Gesellschaft” und „eigenständige Innovation”: neue parteipolitische Prioritäten und Hu Jintao, in: China aktuell, Nr. 6, S. 13-19.

Liu, Jen-Kai (2007), Die neuen Gesichter nach dem XVII. Parteitag, in: China aktuell, Nr 6, S. 56-82.

Schucher, Günter (2007), Harmonie ist Pflicht. China vor dem 17. Parteitag, GIGA Focus Asien, Nr. 10.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus

German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM